

## Interpellation betr. „OeME“

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Mit Datum vom 22. Juni 2015 ist durch den Synodalen Pfr. Frank Sachweh, Sulgen, und 8 Mitunterzeichner(innen) eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht worden:

### Interpellation:

Vor mehreren Jahren hat die Synode beschlossen, die kantonalkirchliche Fachstelle OeME nicht mehr weiterzuführen. Seither haben die Ressort-Verantwortlichen des Kirchenrates und die Kommissionen engagiert und kompetent das Nötigste gemacht (z.B. Veranstaltungen zur Einführung des Bfa-Themas, zur Mission und besonders zu verfolgten Christen). Zugleich ist unseres Erachtens deutlich geworden, wo überall eine operative Leitung mit genügend Stellenprozenten fehlt:

- Überblick und Kompetenz in den weiten Gebieten Oekumene, Mission, Entwicklung.
- Andauerndes Einstehen für OeME, besonders bei für uns unangenehmen und doch wichtigen Themen.
- Vernetzung der verschiedenen Bereiche und Kontakte zu den Kirchgemeinden.

Es scheint an der Zeit, die bisher gemachten Erfahrungen mit dieser Lösung auszuwerten. Darum die folgenden Fragen:

1. *Ganz allgemein:* Haben sich die Erwartungen, die mit dieser Entscheidung verbunden waren, erfüllt? Gab es unerwartete Entwicklungen? Welche waren, positive, welche negative Konsequenzen?
2. *OeME-Stelle als Impuls- und Anlaufstelle der Werke Bfa, HEKS, Mission 21 und anderer:* Auch wenn diese Organisationen sich direkt an Kirchgemeinden, Pfarrämter und Einzelpersonen wenden können, läuft die Kommunikation in beiden Richtungen leichter, wenn es im Kanton eine Anlaufstelle gibt. Welche Auswirkungen der Aufhebung der TG-Stelle sind festzustellen?  
Bekanntlich gibt es eine Vielzahl von Organisationen, die auch in diesem Bereich tätig sind und teilweise in Konkurrenz zu den genannten Werken um Spenden und Beiträge bitten. Haben in den letzten Jahren vermehrt Kirchgemeinden sich für „alternative“ Missions- und Hilfsorganisationen entschieden – an Stelle von Bfa, HEKS, Mission 21? Wie haben sich bei diesen drei die Spendeneingänge aus dem Thurgau entwickelt?  
Wie war das Echo im Thurgau z.B. auf Kampagne-Themen von Bfa und Fastenopfer, wurden Petitionen wirksam unterstützt?
3. *OeME-Stelle als Rückenstärkung für das Ressort OeME in den Kirchgemeinden:* Täuscht der Eindruck oder gibt es mehr als früher Kirchgemeinden, die dieses Ressort in der KiVo nicht besetzen (können), teils auch weil die Unterstützung für diese oft anspruchsvollen Aufgaben von einer solchen Stelle fehlt?
4. *Bewusstsein, zur Kirche auf Schweizerischer, Europäischer und weltweiter Ebene zu gehören:* Zu den Kernaufgaben von OeME-Stellen gehört es, Erfahrungen und Begegnungen zu erleichtern – schweizweit, europäisch und weltweit. Was gibt es in dieser Hinsicht für Beobachtungen seit der Aufhebung der Stelle im Thurgau? Gab es z.B.

noch Besuche von Studierenden im Institut Bossey in nennenswerter Zahl?  
Eine Bemerkung vor kurzem in der Synode liess deutlich werden, wie wenig diese Institution bekannt ist. Ereignisse auf weltweiter Ebene bis auf die Ebene Kirchgemeinde zu vermitteln, ist schwierig. Eine Fachstelle kann da Wesentliches beitragen. Konferenzen wie Accra (Ref. Weltbund 2004), Porto Alegre (OeRK 2006) oder Busan (OeRK, vor kurzem) fanden nur spärlichen Widerhall.

5. *Begegnung der Religionen*: Wie hat der Kirchenrat die aktuellen Konflikte aufgegriffen und hilfreich den Kirchgemeinden kommuniziert? Wo und wie fördert er die Begegnung über religiöse Grenzen hinweg?
6. *OeME-Anliegen in anderen Bereichen wie Kinder- und Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und andere*: Wie viele andere Themen ist auch OeME ein „Querschnitt-Thema“, das fast alle Bereiche der kirchlichen Arbeit betrifft. Eine OeME-Stelle kann auch andere Arbeits- und Fachstellen befruchten und bereichern. Was sind in dieser Hinsicht die Erfahrungen seit dem Verzicht?

### **Zusammengefasst:**

**Wir sind der Meinung, es sei notwendig, auf jenen Entscheid zurückzukommen, und erachten die Wiedererrichtung einer OeME-Stelle als unabdingbar. Wie stellt sich der Kirchenrat dazu?**

Kreuzlingen, 22. Juni 2015

Frank Sachweh und folgende Mitunterzeichner:  
Jakob Bösch, Monica Ferrari-Zanetti, Peter Kuster,  
Hans Peter Niederhäuser, Hanspeter Rissi, Martina  
Brendler, Susanne Dschulnigg, Gabriele Weiss

### **Antwort des Kirchenrates**

Am 29. Juni 2009 hat die Synode die Verordnung über Ökumene, Mission, Diakonie und Entwicklungszusammenarbeit“ (KGS 10.1) verabschiedet. Den Begriff „OeME“ (= Ökumene, Mission, Entwicklungszusammenarbeit), den die Interpellanten verwenden, gibt es in dieser gesetzlichen Grundlage so nicht. Das Wort Diakonie ist bewusst mitgehalten. Im Sinn der Verordnung müsste man von „OeMDE“ sprechen. Inhalt und Systematik dieser Verordnung sind anschliessend weitgehend in die Kirchenordnung eingeflossen (§§ 126 bis 135).

Der Verabschiedung der genannten Verordnung war ein längerer Meinungsbildungsprozess vorausgegangen. Dazu hatte auch eine gut besuchte Tagung in Märstetten gehört. Als Ergebnis dieser Tagung fasste der Kirchenrat betr. OeME-Stelle folgendes zusammen: „Die Tatsache der unterschiedlichen Verständnisse oder zumindest Schwerpunktsetzungen im Bereich Mission hat es nicht zuletzt den Inhabern der bisherigen sog. OeME-Stelle schwer gemacht, den Bedürfnissen der Gemeinden gerecht zu werden. Dazu kommt, und auch das wurde an der erwähnten Tagung deutlich, dass längst nicht alle Gemeinden überhaupt auf die Dienste einer kantonalkirchlichen Stelle zurückgreifen wollen.“

Die Verordnung wurde „mit grossem Mehr“ verabschiedet. Ein Antrag, „die OeME-Stelle wieder zu schaffen“, war zuvor im Rahmen der Detailberatung mit 22 zu 79 Stimmen abgelehnt worden.

Betr. Stellen heisst es in der Verordnung (§ 5):

<sup>1</sup>Für die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Diakonie schafft die Synode die nötigen Stellen.

<sup>2</sup>Für die andern Bereiche legt die Synode mit dem Budget jährlich einen Kreditrahmen fest für Projekte, die der Kirchenrat auf Antrag der Fachkommissionen oder in eigener Kompetenz beschliesst.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellanten:

1. Es sind kaum Konsequenzen aus dem Wegfall der OeME-Stelle in dem Sinn zu beobachten, dass die Stelle oder gewisse Dienstleistungen, die von einer solchen Stelle erwartet werden könnten, vermisst würden. Jedenfalls sind kaum je solche Stimmen aus den Gemeinden an den Kirchenrat gelangt. Das überrascht auch nicht weiter. Ein wichtiger Grund für die Nicht-Weiterführung einer OeME-Stelle war ja gerade gewesen, dass diese von den Gemeinden nur selten in Anspruch genommen worden war. Insofern kann der Kirchenrat keine negativen Auswirkungen erkennen. Als positive Auswirkung kann erwähnt werden, dass mit dem Projektfonds, der anstelle der Lohnkosten für eine OeME-Stelle möglich wurde, schon viel bewirkt werden konnte (die Synode wird über den Kommentar zur Rechnung und über den Jahresbericht jeweils darüber informiert).

2. Die Werke, und hierin nicht zuletzt die von den Interpellanten genannten Werke Bfa, HEKS und Mission 21, investieren sehr viel in die Werbung und in das Bewusstmachen von entwicklungspolitischen Zusammenhängen in der Schweizer Bevölkerung. So stehen gemäss Jahresbericht 2014 von Brot-für-alle bei der Verwendung der Mittel den 59% Programm- und Projektbeiträgen 8% Administration, 13% Entwicklungspolitik, 11% Information/Bildung, 8% Mittelbeschaffung und 1% Projektsekretariat gegenüber. Brot-für-alle leistet also einen grossen Inlandeinsatz in Sachen Werbung und Bewusstseinsförderung und gelangt mit den diesbezüglichen Produkten direkt an die Pfarrämter und Kirchgemeinden bzw. die Öffentlichkeit. Diese Bemühungen brauchen nicht mit dem Dazwischenschalten einer kantonalkirchlichen Stelle verdoppelt zu werden. Im Gegenteil, ein allzu starkes Nachdoppeln von kantonalkirchlicher Seite kann in den Gemeinden auch Missmut auslösen.

Wie gross der Anteil der von den Interpellanten genannten Werke am gesamten kirchlichen Spendenaufkommen ist, weiss der Kirchenrat nicht. Da die allermeisten Spenden nicht über die Kantonalkirche abgewickelt werden, ist es schwierig, hierüber eine Aussage zu machen.

Hingegen hat der Kirchenrat von den beiden Werken bfa und HEKS eine Übersicht über die Spendeneingänge der letzten 5 Jahre aus dem Thurgau eingeholt. Sie ergeben folgendes Bild (ohne Beiträge der Kantonalkirche):

	HEKS	bfa
2010	253'399.-	209'639.-
2011	181'227.-	205'902.-
2012	151'185.-	218'182.-
2013	170'706.-	217'676.-
2014	124'945.-	198'762.-

Während die Erträge bei bfa die üblichen Schwankungen zeigen und kein Trend aus den Zahlen abzulesen ist, sind auch bei HEKS Schwankungen zu erkennen, zusätzlich aber auch ein insgesamt deutlich rückläufiger Trend. Ein Teil der Veränderungen dürfte mit aktuellen Katastrophen zusammenhängen, die dazu führen, dass der Bereich „Humanitäre Hilfe“ Schwankungen unterworfen ist (2010: Fr. 112'150.- / 2014: Fr. 30'100.-) – Im Jahr 2010 war das Erdbeben in Haiti und die Überschwemmung in Pakistan gewesen.

Schwieriger zu erklären sind die stetigen Rückgänge in den Bereichen „Freie Mittel“

(2010: Fr. 39'700.- / 2014: Fr. 20'100.-) und „Entwicklungszusammenarbeit“ (2010: Fr. 59'500.- / 2014: Fr. 28'200.-). Die Vermutung ist naheliegend, dass unter Anderem gewisse Positionierungen des HEKS, insbesondere in der Israel-/Palästina-Politik, (die ja auch schon in der Synode und in der AV SEK zu Diskussionen Anlass gegeben hat) einen Teil der Gemeinden zur Bevorzugung anderer Werke veranlassen.

Erfreulich ist, dass der Bereich „Kirchliche Zusammenarbeit“ einen Anstieg verzeichnet (2010: 12'800.- / 2014: Fr. 23'100.-).

Den Ausführungen der Interpellanten ist indirekt zu entnehmen, dass es eine Aufgabe der OeME-Stelle wäre, für die drei von ihnen genannten Werke bei den Gemeinden Werbung zu machen und eine vermehrte Zuwendung zu „alternativen Missions- und Hilfsorganisationen“ zu verhindern. Nach Meinung des Kirchenrates kann es nicht darum gehen, dass die Landeskirche Stellen schafft, deren Aufgabe es ist, Positionen von HEKS zu erklären und Widerständen gegen diese Positionen entgegenzutreten. Die Schwerpunktsetzung und politische Positionierung geschieht durch das HEKS autonom, und darum ist es am HEKS - wie an allen anderen Werken auch -, seine Politik den potenziellen Spendern zu erklären.

Es gibt keine gesetzlichen Verpflichtungen für die Kirchgemeinden, die drei von den Interpellanten genannten Werke bevorzugt zu unterstützen. Synode und Kirchenrat tun dies mit Beiträgen aus dem Budget und mit Kollektenanordnungen. Darüber hinaus sind die Kirchgemeinden grundsätzlich frei. Es besteht ein „Markt“, in dem sich auch die genannten Werke durch Überzeugungskraft behaupten müssen.

3. Das Gewicht, das die verschiedenen Ressorts in den Kirchenvorsteherschaften haben, ist tatsächlich, auch in der Wahrnehmung des Kirchenrates, von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Die Unterschiede haben aber nicht mit dem Vorhandensein einer kantonalkirchlichen Stelle zu tun, sondern mit der Schwerpunktsetzung in den Kirchgemeinden. Am besten verankert sind jene Ressorts, in denen ganz konkreter, zeitlich und inhaltlich fixierter Handlungsbedarf besteht, so z.B. das Ressort Katechetik (Organisation des Religionsunterrichts!). In jenen Bereichen, in denen das nicht der Fall ist, hängt es von den Schwerpunktsetzungen in den Kirchenvorsteherschaften ab. Eine kantonalkirchliche Stelle kann da nicht viel bewirken, wie sich in den letzten Jahren, als es diese Stelle noch gab, zeigte.
4. Bezüglich „Bewusstsein, zur Kirche auf schweizerischer, europäischer und weltweiter Ebene zu gehören“ stellt der Kirchenrat keine rückläufige Tendenz fest. Im Gegenteil. Die zunehmende Globalisierung und Reisefreudigkeit ermöglicht hierin vieles auf kirchgemeindlicher oder individueller Basis (ökumenische Kontakte), was so noch vor wenigen Jahren oder Jahrzehnten nicht möglich war. Die Vermittlung von Studierenden aus Bossey zum Besuch in Gemeinden während eines Wochenendes pro Jahr gehörte in der Tat zum Aufgabenbereich des OeME-Stelleninhabers. Besuche von Christen und Christinnen aus andern Ländern gibt es jedoch auch ohne diese Vermittlung in fast jeder Kirchgemeinde, Tendenz steigend – ob sie nun durch Direktkontakte oder durch Institutionen zustande kommen. Hilfe durch Direktkontakte ist nicht zum vornherein schlecht, auch wenn sie die Arbeit von bewährten Werken natürlich nicht ersetzen kann.

Dank den finanziellen Möglichkeiten, die im Rahmen des Projektkredits neu entstanden sind, konnten Personen und Projekte unterstützt werden, die auch in die Gemeinden ausstrahlen. So war beispielsweise das via Projektkredit von der Thurgauer Landeskirche unterstützte Pfarrehepaar Hochstrasser-Keller während seines Heimaturlaubs Ende 2014/ Anfang 2015 in verschiedenen Gottesdiensten, Unterrichtsstunden und auch an der Mitarbeiterkonferenz der Landeskirche präsent und berichtete über seine Arbeit und die Situation in Guatemala.

5. Das Thema Begegnung/Dialog der Religionen gehört streng genommen weder in das Gebiet von D (Diakonie), Ö (Ökumene), M (Mission) oder E (Entwicklungszusammenarbeit), sondern ist ein weiteres Arbeitsfeld, hat aber sicher eine gewisse Nähe zu den genannten Themen. Auch hier gibt es bereits eine Menge von hilfreichen Angeboten (z.B. von iras cotis oder vom Zürcher Institut für interreligiösen Dialog oder vom Zürcher Lehrhaus).  
Öffentliche Dialogforen gibt es vor allem im urbanen Zusammenhang (z.B. St. Gallen, Kreuzlingen). Neben diesen öffentlichen Foren ist das Gespräch im Kleinen wichtig. Der Dialog mit Angehörigen von nicht-christlichen Religionen soll auch in alltäglichen Situationen von Christen vor Ort gepflegt werden. Diese dazu zu befähigen, muss ein Anliegen sein. Die Gefässe dafür sind, vor allem in der Erwachsenenbildung, vorhanden und sollen noch vertieft werden.  
Wenn die Meinung ist, das Engagement in Sachen interreligiöser Dialog müsse eine kantonalkirchliche Plattform haben, wäre der naheliegendste Schritt, eine diesbezügliche Fachkommission ins Leben zu rufen (vgl. § 4, Abs. 3 der Verordnung). Das Arbeiten mit Fachkommissionen bewährt sich. Wie die Interpellanten richtig bemerken, ist auf analoger Basis in Sachen Engagement für bedrängte Christen aus aktuellem Anlass viel geleistet worden.  
Das Gleiche gilt für das Anliegen „Mission im Inland“, das bei der seinerzeitigen Diskussion mit Nachdruck eingebracht worden war, und ebenso für das Thema „Migrationskirchen“.
6. Auch betr. OeME als Querschnittsthema ist kaum eine Veränderung seit dem Wegfall der OeME-Stelle festzustellen. Im Gegenteil, die oben schon erwähnten ausgezeichneten Reisemöglichkeiten führten in den letzten Jahren dazu, dass vermehrt Leute aus dem ökumenischen Horizont z.B. in Gottesdiensten oder auch in Schulklassen zu Gast waren. Und die Präsenz von Leuten aus aller Herren Länder als Folge der Migration (auch Angehörige verschiedenster christlicher Kirchen) schafft zusätzliche Begegnungsmöglichkeiten. Zudem gilt auch hier: Die Werke betreiben einen grossen Aufwand, um das Anliegen in die verschiedensten Arten von Gemeindefarbeit einzubringen. So hat Mission 21 ein Taufbüchlein lanciert („Ich bin getauft in eine weltweite Kirche“), das die Taufe in einen weltweiten Horizont stellt. Und vor kurzem hat Mission 21 ein „Arbeitsheft zur interreligiösen Friedensarbeit für Gottesdienst, Unterricht und Gemeindepraxis“ herausgegeben. Mission 21 macht selber ausführlich Werbung für diese Produkte und bietet auch Begegnungsreisen in Länder an, wo Christen als Minderheit leben. Seine diesbezüglichen Bemühungen werden durch Sockelbeiträge der Landeskirchen (auch aus dem Thurgau) unterstützt, damit nicht Spendengelder dafür verwendet werden müssen. Der Kirchenrat begrüsst diese Bemühungen, findet aber, sie müssten nicht noch durch eine zusätzliche kantonalkirchliche Stelle verstärkt werden.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Der Kirchenrat ist nicht der Meinung, dass es notwendig sei, auf den Synodenentscheid von 2009 zurückzukommen und eine OeME-Stelle neu einzurichten.

Ganz grundsätzlich muss gesagt werden, dass die Thurg. Landeskirche im Vergleich zu andern Kantonalkirchen relativ wenige kantonalkirchliche Stellen hat. Wo es sie gibt, orientiert sich ihre Arbeitsweise an den Bedürfnissen der Gemeinden. Und diese waren in der Zeit der letzten Stellenbesetzungen von OeME offensichtlich an einem kleinen Ort gewesen. Der Kirchenrat hat keine Anhaltspunkte dafür, dass sich hierin in den vergangenen 6 Jahren etwas geändert hat.

Dennoch sieht der Kirchenrat Möglichkeiten der Optimierung, in zweierlei Hinsicht:

- Das Amt für Diakonie hatte bislang neben dem Aufgabenschwerpunkt Arbeitslosenberatung einen Schwerpunkt in der Beratung und Unterstützung der Kirchgemeinden und dabei vor allem der Verantwortlichen des Ressorts Diakonie. Die Situation war diesbezüglich in den letzten Jahren ähnlich wie bei der ehemaligen OeME-Stelle: Es erwies sich als schwierig, von einer kantonkirchlichen Stelle aus in den Gemeinden viel zu bewirken.  
Das, was sich als Anschlusslösung nach dem Wegfall der OeME-Stelle mit Projektkrediten bewerkstelligen liess, ist beachtlich. Mit Projektkrediten könnte auch in der Diakonie vermehrt gearbeitet werden. Überlegungen, die dazu vom Kirchenrat ange stellt worden sind, sind der Botschaft zu Trakt. 10 zu entnehmen. Wenn, wie der Kir chenrat das vorschlägt, in Zukunft eine Aufgabe der Fachstelle für Diakonie darin be steht, Leute, insbesondere jüngere Leute, für Projektmitarbeit oder befristete Einsätze im In- und Ausland zu motivieren, wäre das, auch im Sinn der Anliegen der Interpellation, eine gute Investition in die Zukunft.
- Die Verordnung zu Ö-M-D-E bewährt sich auch darum, weil sie sehr offen gehalten ist und die Aufnahme zusätzlicher Arbeitsbereiche ermöglicht. Ausbaufähig wären am ehesten die Themen „Mission im Inland“, „interreligiöser Dialog“ und „Migrationskir chen“. Für das Angehen dieser Themenbereiche könnten Fachkommissionen im Sin ne von § 4, Abs. 3 der Verordnung gebildet werden, wenn das entsprechende Inte resse in den Gemeinden, mit dem von der Kantonalkirche und andern Institutionen Erarbeiteten etwas zu machen, vorhanden ist. Interessierte, die mit Fachwissen in solchen Kommissionen mitmachen könnten, dürften nach Einschätzung des Kirchen rates durchaus vorhanden sein.

Frauenfeld, 21. Oktober 2015

EVANG. KICHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident: Pfr. Wilfried Bühler

Der Aktuar: Ernst Ritzi